

Anmerkung unseres Lesers G.K. Dieser bereits am 23. Februar 2012 veröffentlichte Beitrag zu einem Interview des Wall Street Journal mit dem EZB-Präsidenten Mario Draghi offenbart die neoliberalen Denkstrukturen des ehemaligen Goldman Sachs-Managers. Er fordert, ganz im Geiste der neoliberalen Ideologie, radikale Kürzungen bei den Staatsetats (v.a. bei den Sozialleistungen), Arbeitsmarkt-"Reformen" (im Sinne von "Deregulierung" und "Flexibilisierung") sowie Steuersenkungen (es darf vermutet werden: zu Gunsten v.a. der Spitzenverdiener, Vermögensbesitzer und Unternehmen).

Das Wall Street Journal zitiert den EZB-Präsidenten Draghi wie folgt: "Eine 'gute' Konsolidierung ist, die Steuern zu senken und die niedrigeren Staatsausgaben auf Infrastruktur- und andere Investitionen zu konzentrieren." An anderer Stelle schreibt das Wall Street Journal unter Bezugnahme auf Draghi: "Kritisch äußerte sich der Notenbanker zum europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell, das auf Sicherheit der Arbeitsplätze setze und mit einem großzügigen sozialen Netz ausgestattet sei. Das Beispiel einer Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50 Prozent in Spanien zeige, dass dieses Modell ausgedient habe."

Dem EZB-Präsidenten Draghi ist zuzustimmen, daß sich Kürzungen bei den staatlichen Infrastrukturinvestitionen ökonomisch schädlich auswirken würden. Draghis Forderung, das angeblich "großzügige soziale Netz" in Europa auszudünnen, ist hingegen sowohl dreist als auch ökonomisch und gesellschaftspolitisch schädlich. Draghis Schwadronieren vom "großzügigen sozialen Netz" in Europa zeugt entweder von bewußter Ignoranz oder erschreckender Unkenntnis über die ökonomischen und sozialen Gegebenheiten innerhalb Europas. Insbesondere in den europäischen Krisenstaaten findet seit mehreren Jahren ein großangelegter sozialer Kahlschlag statt: Rentenkürzungen, Einschnitte beim Arbeitslosengeld, Absenkung der Mindestlöhne, Einschnitte bei der Krankenversorgung, Erhöhung der die unteren Einkommensschichten überproportional belastenden Mehrwertsteuer und so weiter und so fort. Es ist ebenfalls reichlich unverschämt, den Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Spanien auf ein angeblich zu "großzügiges soziales Netz" zurückzuführen. Vielmehr ist die schwere Wirtschaftskrise in Spanien ganz wesentlich auf die im Jahre 2008 offen ausgebrochene weltweite Finanzkrise, die auch in Spanien ausgebrochene Immobilienkrise sowie auf die negativen Folgen der deutschen Dumpingpolitik der vergangenen 15 Jahre zurückzuführen. Ganz offensichtlich möchte der EZB-Präsident Draghi im Verein mit zahlreichen neoliberalen Ideologen die aktuelle Krise dazu mißbrauchen, die verbliebenen wohlfahrtsstaatlichen Strukturen in Europa noch weiter zurückzudrängen.

In die gleiche Richtung zielt Draghis Forderung nach Steuersenkungen. Hier darf vermutet werden, daß Draghi nicht jene Steuern senken möchte, welche die unteren Einkommensschichten überproportional stark belasten: die Verbrauchssteuern (insbesondere die Mehrwertsteuer). Draghi dürfte vielmehr jene Steuersenkungen im Visier haben, die v.a. den gesellschaftlichen "Eliten" zu Gute kämen: Einkommenssteuern, vermögensabhängige Steuern und Unternehmenssteuern.

Im Wall Street Journal-Bertrag heißt es zu Draghis Forderung nach "Strukturreformen" am Arbeitsmarkt: "Auch Draghis Behauptung, dass Reformen die negativen Begleiterscheinungen des Sparens ausgleichen können, beurteilen einige Volkswirte zumindest skeptisch. Die Beseitigung ineffektiver Strukturen am Arbeitsmarkt oder der Abbau von Bürokratie bringe langfristig etwa das ein, was kurzfristig zunächst verloren gehe."

Die aus der Beseitigung "ineffektiver Strukturen am Arbeitsmarkt" (treffender: angeblich "ineffektiver" Strukturen am Arbeitsmarkt) innerhalb der Eurozone erhofften positiven Wirkungen unterliegen einem weiteren gravierenden Denkfehler: Führt ein einzelnes Land innerhalb der Europäischen Währungsunion Arbeitsmarkt-"Reformen" durch, dann kann es diesem Land durchaus gelingen, gegenüber den übrigen Staaten der Eurozone preisliche Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Konkret: Die in Deutschland politisch durchgesetzten Arbeitsmarkt-"Reformen" ("Agenda 2010", speziell Hartz IV) trugen wegen des von diesen "Reformen" ausgehenden massiven materiellen und psychologischen Drucks auf Arbeitslose sowie von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte maßgeblich zur drastischen Ausweitung des deutschen Niedriglohnsektors bei. Die deutsche Exportwirtschaft nutzte den Dumping-Hebel, zahlreiche Staaten der Eurozone preislich gegen die Wand zu konkurrieren. Sieht man einmal von den gravierenden ökonomischen "Kollateralschäden" dieser Dumpingpolitik in Gestalt der davon hervorgerufenen massiven ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone ab, dann würde ein europaweites Ausrollen der deutschen Arbeitsmarkt-"Reformen" im "günstigsten" Falle dazu führen, daß sich die ökonomische Lage innerhalb der Eurozone "stabilisieren" würde, die Lebensverhältnisse der europäischen Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner sich jedoch erheblich verschlechtern hätten. Im ungünstigsten Falle, d.h. bei einem Scheitern des europaweiten Ausrollens der deutschen Arbeitsmarkt-"Reformen" und der damit verbundenen Dumpingpolitik würde die Europäische Währungsunion in eine europaweite Deflationsspirale abgleiten.

Es ist reichlich unverfroren und zeugt zugleich von ideologischer Verblendung, wenn der EZB-Präsident Draghi trotz der von ihm geforderten Steuersenkungen eine Rückführung der staatlichen Defizite verlangt. In der Konsequenz würde dies höchstwahrscheinlich darauf hinauslaufen, daß die von ihm geforderten Einschnitte in die europäischen Sozialerträge derart drastisch ausfallen müssten, daß die wohlfahrtsstaatlichen Strukturen in Europa weitestgehend zerstört wären. Draghi erweckt den Eindruck, die von ihm geforderte neoliberale "Reform"-Politik sei alternativlos. Draghis neoliberaler Blickwinkel blendet jedoch z.B. die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen insbesondere innerhalb der skandinavischen Staaten aus. Diese machen deutlich, daß vergleichsweise hohe Staatsquoten und Abgabenquoten (Steuern und Sozialversicherungsabgaben in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) sowie vergleichsweise hohe wohlfahrtsstaatliche Standards entgegen der neoliberalen Propaganda keinesfalls den ökonomischen Bankrott von Staaten bedeuten, sondern vielmehr hohe Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, positive Außenhandelsbilanzen, niedrige Staatsschuldenquoten (Staatsverschuldung in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt), eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur und hohe öffentliche Leistungen zur Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenbetreuung) hervorbringen.

Demgegenüber würden Draghis neoliberale "Reform"-Forderungen einem massiven Anstieg bei der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen innerhalb der Europäischen Währungsunion Vorschub leisten. Zum Schaden der Realwirtschaft würde breiten Schichten der Bevölkerung Kaufkraft entzogen werden. Profiteure dieser Entwicklung wären die Spitzenverdiener und die Eigentümer großer Vermögen.